



## Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ... zur Integration!

Erfahrungen und Erwartungen  
von Frauen an Politik und Gesellschaft

Internationaler Frauentag am 5. März 2010

Waltraud Schwab

Welche Hindernisse stehen der stärkeren gesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Frauen mit Zuwanderungshintergrund im Wege? Wie müssen sich politische Parteien und gesellschaftliche Institutionen ändern, um für Frauen mit Migrationsgeschichte attraktiver zu werden? Und was würde es für die politische Kultur in Deutschland bedeuten, wenn Frauen mit Zuwanderungsgeschichte stärker an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden? Dies waren die drängendsten Fragen, die in der Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. März 2010 bei der Veranstaltung „Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit... zur Integration!“ anlässlich des Internationalen Frauentages gestellt und diskutiert wurden. Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung hat dazu Frauen eingeladen, die sowohl politische Ämter oder Verwaltungspositionen bekleiden, als auch einen Migrationshintergrund haben, damit sie von ihren persönlichen Erfahrungen berichten. Auf den folgenden Seiten werden die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion zusammengefasst.



## 1. Einführung

In Deutschland leben etwa 15,6 Millionen Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte – dies entspricht einem Anteil von 19 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes. Davon haben knapp neun Millionen einen deutschen Pass. Es fällt auf, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte jedoch nur marginal in Parteien und Gewerkschaften oder in anderen gesellschaftlichen Entscheidungsgremien in Deutschland vertreten sind. Auf diesen Missstand weist Luise Rürup, Referatsleiterin des Forums Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, in Ihren Begrüßungsworten hin. Derzeit sind unter den 622 Abgeordnete des Deutschen Bundestages nur 13 Vertreter und vier Vertreterinnen mit Zuwanderungsgeschichte. Das macht 2,73 Prozent der Abgeordneten aus. Der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund unter ihnen beläuft sich dabei allerdings nur auf 0,64 Prozent.

In den Länderparlamenten ist die Situation nur minimal besser. Von den 1.800 Abgeordneten gibt es bundesweit ganze 17 Frauen, die zu der Gruppe der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte gehören. Das entspricht 0,94 Prozent. Auch in den Verwaltungen sind Frauen mit Zuwanderungsgeschichte unterrepräsentiert und in den Gewerkschaften sieht es nicht besser aus. Deshalb fordert Luise Rürup: „Zur gelungenen Integration aller Einwanderinnen und Einwanderer gehört neben der sozialen und ökonomischen Integration auch die gleichberechtigte politische Teilhabe.“

## 2. Einführungsvortrag

**Referentin: Dr. Lale Akgün,**

Psychologin, von 2002 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Autorin des 2008 erschienenen Buches „Tante Semra im Leberkäseland“

Im einführenden Vortrag beleuchtet Lale Akgün mit Witz und Charme „die Rolle von Migrantinnen in der Politik“. Den Satz hat sie in Anführungsstriche gestellt, um deutlich zu machen, dass er doppeldeutig ist. Er wird im Aktiv gelesen als die Rolle, die Migrantinnen in der Politik einnehmen und spielen. Dabei könnte er auch auf die Rolle verweisen, die die Politik den Migrantinnen zuteilt, dass sie sie spielen sollen. Unversehens wären die vermeintlichen Akteurinnen damit in eine passive Rolle gerutscht. Bereits diese Irritation zeigt, dass der Begriff Migrantin, aus Akgüns Sicht, dringend einer Klärung bedarf.

### Migrantin und „Problem-Migrantin“

In der öffentlichen Wahrnehmung gibt es unterschiedliche Zuschreibungen, wer Migrantin ist und wie sie zu sein hat, argumentiert Lale Akgün. Denn auffallend sei, dass es bestimmte Migrantinnengruppen gibt, die vor allem als Problem-Migrantinnen wahrgenommen werden. Zu den Letzteren gehören die Türkinnen. Da das Bild von Migrantinnen allerdings oft deckungsgleich ist mit dem Bild von Türkinen, habe sich die Einstellung verfestigt, dass Migrantinnen generell „Problem-Migrantinnen“ seien. „Wo Migrantin draufsteht, ist meistens Türkin oder Muslimin drin“, sagt sie.

Von „Problem-Migrantinnen“ spricht sie, weil diese Gruppe von Frauen mit Problemen assoziiert werden





Maria Macher



Dr. Lale Akgün



„wie Frauenunterdrückung im Allgemeinen, Ehrenmord, Zwangsheirat, Importbräute im Besonderen“. Natürlich gebe es diese Probleme – vor allem dann, wenn Frauen aus stark patriarchal geprägten Gesellschaften kommen. Wer jedoch nur diese Themen im Blick hat, ignoriere, dass dies nur eine Facette ist, sagt Akgün. „Das eingeschränkte Bild der unterdrückten Migrantinnen als den Normalfall zu sehen und die gebildeten fortschrittlichen Frauen – Migrantinnen – als die berühmte Ausnahme zu deklarieren, macht uns das Leben nicht gerade leicht.“

Deshalb fordert sie, dass die Mehrheitsgesellschaft die Migrantinnen, insbesondere jene, die aus Ländern kommen, deren Kultur als problematisch – weil ganz anders – wahrgenommen wird, in ihrer ganzen Vielfalt erkennen. Denn wer mit dem Stigma einer Problem-Migrantin behaftet sei, habe es sehr schwer in den gesellschaftlichen und politischen Gremien gleichberechtigten Fuß zu fassen.

### Das Stigma des Andersseins

Das zementierte Bild von Migrantinnen, das mit ganz bestimmten Problemen assoziiert ist, verhindere einen offenen Blick auf die Vielfalt der Persönlichkeiten und Identitäten unter den Frauen mit Zuwanderungsge-

schichte, argumentiert Akgün. Es legt zudem eine Schwäche im Denken der Mehrheitsgesellschaft offen: Die Mehrheitsgesellschaft zeige damit, dass sie kein Vertrauen in ihre eigenen kulturellen Qualitäten hat, die es doch durchaus attraktiv machen können, sich von ihnen formen zu lassen. „Das Vertrauen der meisten Deutschen in ihre Kultur scheint leider so eingeschränkt zu sein, dass sie ihrer Kultur kaum Aufnahmestärke und Sog zusprechen.“

Auch Lale Akgün selbst werde bis heute meist als Türkin wahrgenommen, „manchmal die Vorzeige-Türkin, manchmal eine gut integrierte Türkin, manchmal eine Alibi-Türkin, aber halt immer nur eine Türkin.“ Dies, obwohl sie von ihren 57 Jahren 48 Jahre in Deutschland verbrachte. Sie nennt diese Haltung: das Stigma des Andersseins. Es stehe wie eine unsichtbare Wand vor der Migrantin und verhindere jede Empathie und jede Form echter Annäherung, weil es impliziere, dass sie anders denke, anders fühle, andere Probleme habe. Was es sonst an identitätsstiftenden Aspekten in der Biographie einer Frau gebe, tritt in den Hintergrund. Das Anderssein besagt, „dass Kultur der ausschlaggebende Faktor für alle Probleme ist, die eine Frau haben kann.“ Dabei sei die Ethnisierung doch vor allem eine soziologische Konstruktion, die den Trugschluss zementiere, dass Ethnie etwas ist, in das man hineingeboren wird und aus dem es kein Entrinnen gebe, argumentiert Akgün.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Lale Akgün auch die Fragestellung der Veranstaltung. Wer sinngemäß Fragen stelle wie: Was müssen wir tun, damit Migrantinnen mehr in Gesellschaft und Politik partizipieren?, perpetuiere gewollt oder ungewollt die Ausgrenzung und Stilisierung des Fremden. Die Frage müsse stattdessen lauten: „Was muss Politik leisten, damit aus Migrantinnen Bürgerinnen werden?“ Linke Politik muss für die Dekonstruktion von



Dilek Kolat

ethnischen Identitäten sorgen, fordert sie deshalb. Denn wer die ethnische Zuschreibung zementiert, bekommt eine zerklüftete Gesellschaft, so ihre These.

### Falsche Solidarität

In Deutschland habe sich, meint Akgün, so etwas wie die Gewissheit durchgesetzt, dass muslimische Frauen „in toto“ mehr unterdrückt würden, als andere Frauen. Einzelschicksale kommen in dieser Vorstellung nicht mehr vor, es geht um Gruppenidentität. Damit werde eine Dichotomie konstruiert, die etwa so lautet: „Die muslimischen Frauen sind also die Unterdrückten und die anderen die Emanzipierten.“ Die eine Seite ist negativ, die andere positiv besetzt. Die eine Seite ist in einer schlechten Position fixiert, die andere weiß, wie man sich daraus befreit. Fast zwangsläufig entstehe in dieser Konstellation ein Paternalismus, der eine echte Verständigung und vor allem eine echte Solidarität unter Frauen unmöglich mache. Im Gegenteil: Akgün erkennt darin sogar latenten Rassismus. Sie fordert deshalb vehement, dass Frauen den Paternalismus in den eigenen Reihen überwinden, der sie auf zugewanderte Frauen herabschauen lasse.

### Die Machtfrage

Neben den spezifischen Zuschreibungen, mit denen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte zu tun haben, gibt es aber auch ein weiteres Problem, das alle Frauen in Deutschland betrifft: Die Tür zu Positionen, die es ermöglichen, Gesellschaft entscheidend mitzugestalten und zu verändern und die Tür zur Macht steht den Frauen generell nicht sperrangelweit offen. „Wenn Frauen benachteiligt werden, dann doch meistens deswegen, weil man sie nicht an der Macht partizipieren lassen will“, sagt Akgün. Auch der Benachteiligung der Migrantinnen liegt im Kern zugrunde, dass man sie nicht an der Macht partizipieren lassen wolle. Wer Frau und Migrantin ist, erfahre diese Benachteiligung demnach potenziert, sagt sie.

Zur Veranschaulichung referiert Akgün statistisches Material zu Frauen in Machtpositionen: 2007 betrug der Professorinnenanteil 16 Prozent, in den Aufsichtsräten der DAX-Unternehmen saß eine Frau, im BDI gar keine. Von den 833 Vorständen in den 200 umsatzstärksten deutschen Unternehmen waren 2009 nur 21 weiblich. Wenn Frauen generell schon so wenig Einfluss haben, dann könne man sich leicht denken, wie wenig Einfluss erst recht Frauen mit Migrationshintergrund hätten, meint sie. Im Wort Partizipation aber stecke das Wort teilen. Akgün fordert deshalb, dass linke Politik die Frage stellen muss, ob die derzeit Mächtigen bereit sind, die politische und gesellschaftliche Macht mit anderen zu teilen. Und ob sie auch bereit sind, ihre Macht mit Frauen, die möglicherweise eine Zuwanderungsgeschichte haben, zu teilen – und zwar auf eine gleichberechtigte Art als Bürgerinnen dieses Landes und nicht als Feigenblätter. Von gleichberechtigt könne man aus ihrer Sicht heute aber nicht mehr sprechen, wenn Migrantinnen in der Politik automatisch und mehr oder weniger ausschließlich zuständig sind für Integration.





Aydan Özoguz

Eren Ünsal



### 3. Podiumsdiskussion

#### Podiumsgäste:

- Dilek Kolat, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende
- Maria Macher, Projektleiterin der „Stadtteilmütter in Neukölln“
- Aydan Özoguz, Mitglied des Bundestages, dort im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Eren Ünsal, Leiterin Landesstelle für Gleichbehandlung in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin
- Prof. Bascha Mika (Moderation), Publizistin und Honorarprofessorin an der Universität der Künste Berlin

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden die von Lale Akgün aufgeworfenen Fragen anhand der Biografien der vier Podiumsgäste, die alle einen Migrationshintergrund haben, noch einmal nachvollzogen. Basierend auf den Erfahrungen der Podiumsgäste wurde die Analyse in weiten Teilen bestätigt und illustriert.

Frau Akgün sagte in ihrem Vortrag, dass Migrantinnen automatisch mit Türcinnen und Musliminnen gleichgesetzt sind. Frau Macher, die ungarische Vorfahren hat, bestätigt dies. In persönlichen Gesprächen etwa am Telefon werde sie selbstverständlich als die türkische Frau Maria Macher angesprochen. Auch werde sie gefragt, ob

sie ein Kopftuch trage. Man gehe, vermutet sie, davon aus, dass es nur eine Türkin sein kann, die mit Migrantinnen arbeite. Und man gehe umgekehrt davon aus, dass eine Migrantin eine Türkin sei.

Dilek Kolat wiederum bestätigt Lale Akgüns Analyse, dass Migrantinnen in der Politik vor allem Feigenblätter sind. Als sie ihrem männlichen Coach sagte, sie bewerbe sich um eine Führungsposition, antwortete dieser: „Mache Integrationspolitik. Aber für eine Führungsposition in der Partei unterstütze ich dich nicht.“

Eren Ünsal kann von einem Erlebnis berichten, das hoffen lässt, dass es doch auch positive Veränderungen gibt. Als Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung in Berlin ist sie unter anderem für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zuständig. Obwohl sie eine heterosexuelle Frau ist und Muslima mit Migrationshintergrund, wird sie von den Homosexuellen angenommen. Sie würden sie liebevoll „Schwulen-Mutti“ nennen. Ünsal versteht dies als Kompliment und als einen Hinweis, dass Zuschreibungen, in denen Frauen mit Migrationshintergrund nach Akgüns Analyse feststecken, doch durchbrochen werden können.

Aydan Özoguz appelliert, nicht automatisch bei Migrant/innen an Problem-Migrant/innen zu denken. In Handlungsempfehlungen für die Schule etwa hätte sie einmal den Satz gefunden, dass Kinder mit einem Migrationshintergrund selbstverständlich deutschen Sprachförderunterricht bekommen sollten. „Was für ein Schwachsinn“, meint sie. Es gebe Kinder mit Migrationshintergrund die das durchaus nicht bräuchten und Kinder ohne Migrationshintergrund, die sehr wohl Sprachförderung benötigten.

Dilek Kolat spricht ihren Sozialisationsprozess in Deutschland an. Den erlebte sie so, dass ihr automatisch die Rolle



der Fremden, der Anderen zugesprochen wurde von der Außenwelt. Es brauche eine Portion Selbstständigkeit, sich aus solchen Zuschreibungen zu befreien. „Ich muss mich fortentwickeln, muss mich beweisen und allen zeigen: Nein, ich werde nicht unterdrückt. Ich werde nicht geschlagen. Ich bin ganz normal. Aber das schaffen nicht viele Frauen.“

Auch weitere Thesen, die Lale Akgün formulierte, werden in der Podiumsdiskussion durch die Erfahrungen der Gäste bestätigt. Eren Ünsal berichtet, dass sie versucht habe, im Laufe ihres Lebens zuerst mit frauenbewegten Frauen zusammen zu arbeiten. Das half ihr in ihrem Emanzipationsprozess nicht weiter. Mehr Verständnis fand sie bei den Migrantinnenorganisationen. Sie glaubt allerdings, dass sich das im Laufe des Lebens mehrfach ändern könne. Derzeit versucht sie, ihre Identität als Muslima zu erkunden. Dass ihr die Religion wichtiger wird, hält sie für eine unbewusste Reaktion ihrerseits darauf, dass sie das Gefühl habe, sich verteidigen zu müssen. Im weiteren Verlauf der Diskussion, wird die Politisierung des Kopftuches noch kurz gestreift. Alle Podiumsgäste würden aufatmen, wenn das Kopftuch endlich kein Politikum mehr wäre.

Nach der Diskussion über die Defizite, die Frauen mit Migrationshintergrund in der Mehrheitsgesellschaft erleben, richten die Diskutantinnen ihren Blick auch auf das, was erreicht wurde. Denn es gibt mittlerweile viele Menschen nichtdeutscher Herkunft, die akademische Positionen besetzen. Es gibt Ärztinnen und Rechtsanwältinnen. Es gibt Unternehmerinnen, die Arbeitsplätze bereitstellen. Und es gibt Politikerinnen. Dass es den starken Fokus auf die Defizite gebe, liege, nach Ansicht der Podiumsteilnehmerinnen, auch an den Medien. Was gelingt, darüber werde nicht geschrieben. Gelungen etwa ist, dass sich das Bewusstsein, dass Integration nicht ohne Unterstützung der Politik geschieht, durchgesetzt habe. Dass die Verwaltungen etwa stärker darauf achten, bei ih-

rer Personalpolitik Menschen aller Herkunft Zugang zu Positionen zu gewährleisten, so etwas musste politisch eingeleitet werden.

Im Zusammenhang mit Maßnahmen, die die Politik vorantreiben kann, wurde von der Publizistin Bascha Mika, die die Veranstaltung moderierte, auch die Frage aufgeworfen, ob es eine Migrantenquote geben müsse. Die Podiumsgäste lehnen dies vehement ab. Eine Frauenquote ja, aber keine für Migranten. Denn damit, so Lale Akgün, die sich zum Abschluss noch einmal einschaltet, zementiere man genau das Anderssein. Es ginge aber, das ist die Vision aller beteiligten Frauen dieses Abends, doch einfach darum, endlich als das wahrgenommen zu werden was man – selbst wenn man einen Migrationshintergrund hat – ist: Bürgerin dieses Landes.

**Impressum:**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Forum Politik und Gesellschaft  
 Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
 Tel. 030 / 269 35 7316  
 www.fes.de/forumpug

Text: Waltraud Schwab  
 Redaktion: Urban Überschar, Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Redaktionelle Betreuung: Inge Voß, Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Gestaltung: Meintrup, Grafik Design  
 Fotonachweis: Titel: istockphoto.com: digitalskillet, Ü. Erdem, Juanmonino, poco\_bw, F. Romero, ruchos, T. Wilson;  
 Innen: Ursula Kelm  
 Berlin, Juli 2010

Dieses Projekt wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung.